

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/110

13. Juni 1975

Die permanente Aufgabe: Stärkung des Friedens

Aktuelle Betrachtungen zu einem deutschen Jahrestag

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied
des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 72 Zeilen

KSZE in ihrer entscheidenden Phase

Das historische Unternehmen stärkt grundlegende
Interessen der Bundesrepublik

Von Alfons Pawelczyk MdB
Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und
Rüstungskontrolle und Mitglied des Auswärtigen Aus-
schusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 82 Zeilen

Leistungen des Bundes für Heimkehrer

Eine Bilanz zum 11. Heimkehrer Deutschlandtreffen in
Saarbrücken

Von Karl Hofmann MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche
Beziehungen

Seite 5 und 6 / 44 Zeilen

Gefährliches Vakuum

Unpolitische Erziehung ist eine Keimzelle der
Staatsverdrossenheit

Seite 7 und 8 / 51 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 129 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 27 - 38
Telex: 08 66 646 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die permanente Aufgabe: Stärkung des Friedens

Aktuelle Betrachtungen zu einem deutschen Jahrestag

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Vorstandes der SPD

Als die Wiedervereinigungsformeln bereits schal zu werden begannen und die Forderungen zur Überwindung der deutschen Spaltung schon abzuflachen drohten, brach in Berlin die Wunde wieder auf. Am 17. Juni 1953 nahmen in der Stalinallee deutsche Arbeiter ihr Geschick für wenige Stunden selbst in die Hand. Und wenn es nach den Manachen in der westlichen und östlichen Hälfte der so widerwärtig geteilten Stadt gegangen wäre, dann hätte die Wiedervereinigung an dieser Stelle ihren Ausgang genommen, wo die Teilung am schmerzlichsten war und heute noch geblieben ist, wo die Zerrissenheit des Landes am krassensten deutlich wird, hier in Berlin.

Selbst wenn man ein Schweigegebot über die deutsche Frage verhängen wollte, in Berlin stellt sie sich von selbst, und wer hier steht - mit beiden Beinen auf der Erde -, der kommt an einer Antwort nicht vorbei. Heute, zweiundzwanzig Jahre später, brauchen wir unseren fragenden Blick nur von der inzwischen umbenannten Stalinallee hin zur Hannoverischen Straße zu lenken, wo die ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland als einziges Dienstgebäude in Ostberlin den Tag der deutschen Einheit begeht. Die Antwort liegt in den Dingen selbst, sie liegt in der alltäglichen Situation der Stadt, jeder Berliner kennt sie, wenn sie auch jeder etwas anders artikulieren würde. Hier hat man noch mehr deutsche Politik im kleinsten Finger als anderenorts in beiden Händen.

Berlin, das ist wahr, bleibt eine unbequeme Tatsache. Das war unter Ernst Reuter so wie unter Otto Suhr bis hin zu Willy Brandt, und das ist auch heute noch nicht anders. Man kann diese Tatsache zur Kenntnis nehmen wollen oder nicht, nur möge man nicht so tun, als ob es im freien Ermessen der Berliner läge, ob der Streit über den Status ihrer Stadt laut oder leise geführt wird. Gewiß ist die Freiheit im westlichen Teil Berlins nicht durch Leisetreterei erhalten worden. Aber ebenso gewiß sind die großen Formeln über Berlin nicht Eigenerfindungen der Stadt, sondern sie wurden von den führenden Persönlichkeiten des Westens, zuletzt Henry Kissinger, geprägt, der hier am 21. Mai zu den Berlinern sprach: "Ich bin nicht nach Berlin gekommen, um ihnen einen Vortrag über die Erfordernisse von Frieden

und Freiheit in der Welt von heute zu halten. Wir sind es, die lernen, und Sie sind es, die lehren."

Das Beispiel Berlin lehrt, wie man Standhaftigkeit und Selbstbehauptungswillen in Grundetzfragen mit Ausdauer und Geduld verbindet, um praktische Verbesserungen ohne Positionspreisgabe zu erreichen. Ohne Geduld hätte man dieses heute auch in Bonn von Koalition und Opposition gleichermaßen geschätzte Prinzip nicht über den 17. Juni, das Chruschtschow-Ultimatum und den 13. August 1961 hinweg bis heute durchgehalten. Es ist nämlich kein Zufall, daß gerade von dieser so oft geschundenen und schikanierten Stadt aus die ersten öffentlichen Sympathien für die sozial-liberale Ost-West-Politik gewonnen wurden. Es ist auch kein Zufall, daß gerade mit dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin der Schlüssel zu einem neuen Verständnis der nationalen Frage in sozial-liberaler Sicht gefunden wurde. Und es ist sicher nicht rein zufällig, daß man sich in Berlin das Recht nimmt, einmal Ausgehandeltes wortgetreu zu buchstabieren.

Hier in Berlin geht es um konkrete Dinge für konkrete Menschen, hier geht es um die Bewährung im Alltag. Und genauso, wie 1953 lebendige Menschen wortwörtlich das wollten, was Politiker so schön und so oft zur Einheit der Nation geredet hatten, genauso geht es heute darum, daß wir die Einheit der Nation wortwörtlich nehmen und täglich Tausende im Reise- und Besucherverkehr vorführen, was sie praktisch darunter verstehen. Das geht nicht ohne Zank und Widerstände - aber Zyniker und Spötter wären schlecht beraten, sich hinwegzusetzen über die realen Bedürfnisse und Beschwerden der Bürger, ohne die dieser Prozeß der nationalen Verklammerung nicht leben kann. Geschliffene Phrasen und schönfärbische Stilübungen helfen hier so wenig wie sie angesichts der Toten und Verwundeten des 17. Juni standhalten konnten.

Die sozial-liberale Politik der Einheit der Nation erfolgt auf der Basis der Normalisierung und zugleich auch gegen den hinhaltenden Widerstand der Kommunisten im anderen Teil Deutschlands, bei denen die Annäherung keinen Wandel sondern Abwehr auslöst. Die sozial-liberale Koalition hat ihre Bewährungsprobe durch die Einbringung Berlins in die internationalen Entspannungsbemühungen bestanden. Wer heute 17. Juni 1953 sagt, muß auch den 3. Juni 1972 nennen, das Datum des Inkrafttretens des Vier-Mächte-Abkommens, der Beginn der mühsamen Normalisierung. Dieses Datum ist auch ein Meilenstein der Berliner Bindungen an den Bund. Vor dem untauglichen Versuch, Keile zwischen Berlin und Bonn zu treiben, ist nachdrücklich zu warnen. Das sozial-liberale Bündnis steht geschlossen zu seiner Politik und zu Berlin - es bleibt unseren Kritikern und Gegnern unbenommen, aus dem Abseits zu polemisieren. Wir bleiben, das sei zum 17. Juni betont, bei der Tagesordnung: Die Erhaltung und Stärkung des Friedens.

(-/13.6.1975/ks/pr)

+ + +

KSZE in ihrer entscheidenden Phase

Das historische Unternehmen stärkt grundlegende Interessen der Bundesrepublik

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle
und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Die KSZE ist in die entscheidende Phase eingetreten. Bei gutem Willen aller 35 beteiligten Staaten könnten die Regierungschefs das Ergebnis noch vor Herbstanfang in Helsinki verabschieden. Bereits jetzt vor Abschluß der Phase II ist festzustellen, daß die Interessen der Bundesrepublik nicht beeinträchtigt wurden, ganz im Gegenteil.

Unsere grundlegenden Interessen

- Wahrung des Vier-Mächte-Vorbehaltes über Deutschland,
- keine Beeinträchtigung der europäischen Option,
- keine Regionalisierung des Völkerrechts,
- kein 35-Staaten-Mitspracherecht über Probleme, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR allein geregelt werden müssen,

konnten nicht nur gewahrt werden, sondern zum Teil eine günstigere internationale Position erhalten. Dies gilt beispielsweise für eine europäische Option. Die außenpolitische Entscheidung, eine KSZE anzustreben, war richtig. Wir verdanken sie vor allem dem damaligen Außenminister Willy Brandt.

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre begannen neue Faktoren auf die östlichen und westlichen Zielsetzungen Einfluß zu gewinnen. Auf beiden Seiten wurde eine Segrenzung erkennbar. Der Warschauer Pakt akzeptierte die Teilnahme der USA an einer europäischen Konferenz und damit automatisch auch die Rolle der Bündnisysteme. Das Ziel Auflösung der Bündnisse trat in den Hintergrund. Außerdem zeichnete sich eine differenziertere Haltung hinsichtlich des Verhältnisses zur Bundesrepublik Deutschland, der Berlin-Frage und der Probleme zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR ab. Es bahnte sich eine Interessenkonvergenz an, keine Systemkonvergenz. Dies bedeutete, daß sich für eine KSZE Erfolgsaussichten abzeichneten.

Dieser Konferenz konnte von vornherein nur Erfolg beschieden sein, wenn Möglichkeiten und Grenzen realistisch betrachtet werden. Dazu gehört, daß:

- jeder Staat die Mittel zur Kontrolle des Veränderungsprozesses in der Hand behält;
- zur Kenntnis genommen wird, daß die Bereitschaft zur Entspannungspolitik innenpolitische Stabilität voraussetzt;
- nicht Systemüberwindung, sondern lediglich die allmähliche Verbesserung bestehender bürokratischer Verhältnisse in bestimmten Bereichen als erstes Ziel formuliert wird;
- Tabus beseitigt werden, d.h. offene Gespräche am Konferenztisch über innerstaatliche Praktiken jedes Teilnehmerstaates müssen möglich sein, ohne sich deswegen den Vorwurf der Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten zuzuziehen;
- die Ergebnisse den Charakter politisch-moralischer Absichtserklärungen

erhalten und nicht die Qualität völkerrechtlicher Verträge;

- Vertrauensbildung auf der Basis der Freiwilligkeit akzeptiert wird.

Die KSZE kann nur ein Element der Friedens- und Entspannungspolitik sein. Immerhin ist sie der umfassendste Versuch europäischer und amerikanischer Staaten in diesem Jahrhundert, die politische Zusammenarbeit auf allen wichtigen Gebieten vertrauensvoller zu gestalten. Nie zuvor in der europäischen Geschichte haben sich die 33 europäischen Staaten gemeinsam mit USA und Kanada zu einer Konferenz zusammengefunden, um die Vertrauensbasis untereinander zu verbessern. Seit zweieinhalb Jahren werden Möglichkeiten und Grenzen offen erörtert. Jeder, der Einblick hat, kann feststellen, daß diese Tatsache erheblich zu emotionsfreier Beurteilung anderer Staaten beigetragen hat. Ohne die genannten Vorbedingungen wird es keine konkreten Verträge geben, die den Konflikstoff in Europa, z.B. durch günstigere Dislozierung und Reduzierung von Soldaten und Waffen mindern. Nie zuvor und an keinem anderen Ort der Welt hat es auf so engem Raum eine derart große Zahl von Soldaten und Waffen gegeben, wie seit Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland - auf dem Boden der DDR und der Bundesrepublik. Es liegt deshalb vor allem in unserem Interesse, dieses Potential verringert zu bekommen. Ohne Verbesserung der Vertrauensbasis gibt es dazu keine Chance. Deshalb ist die KSZE unverzichtbar.

Schon bevor die Vorbereitungen begannen, wurde auf Drängen des Westens Einvernehmen hergestellt, daß

- die USA und Kanada an der Konferenz teilnehmen,
- sie sorgfältig vorbereitet wird (sieben Monate in Helsinki),
- das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vorher abgeschlossen sein muß,
- die Wiener-Gespräche über Truppenverminderung gleichzeitig anlaufen.

Während der Helsinki-Konkultationen (ab Nov. 1972) konnten die westlichen Staaten die Tagesordnung um wesentliche Sachfragen wie

- die Prinzipien der Menschenrechte, Grundfreiheit, Selbstbestimmungsrecht,
- militärische Aspekte der Sicherheit,
- Lösung humanitärer Fragen,
- Verbesserung der Kontakte und Informationen in allen Bereichen der Zusammenarbeit erweitern.

Die Opposition hat sich jahrelang verweigert. Sie sieht im außenpolitischen Dialog mit dem Ostblock immer nur die Gefahren, nie die Chancen. Sie besitzt nicht genügend Selbstvertrauen, um sich unvoreingenommen an den Konferenztisch zu setzen. Sie ist befangen in der Auffassung, daß die Wünsche des östlichen Dialogpartners von heute zu leicht die Realitäten von morgen sein könnten. Die Opposition wird bereits durch die bisherigen KSZE-Ergebnisse widerlegt. (-/13.6.1975/bgy/pr)

+ + +

Leistungen des Bundes für Heimkehrer

Eine Bilanz zum 11. Heimkehrer Deutschlandtreffen in Saarbrücken

Von Karl Hofmann MdB

Mitglied des Bundestagesausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Zum 11. Heimkehrer Deutschlandtreffen am Sonabend in Saarbrücken haben die Fraktionen des Deutschen Bundestages die gemeinsame Erklärung an den Verband der Heimkehrer übersandt: "Die Fraktionen des Deutschen Bundestages übermitteln allen Teilnehmern des 11. Heimkehrer Deutschlandtreffens in Saarbrücken herzliche Grüße. Sie sind gemeinsam willens, noch anstehende Probleme der ehemaligen Kriegsgefangenen und Heimkehrer im Rahmen gesetzlicher Maßnahmen alsbald zu lösen. Dabei gilt es vor allem, die Nachteile in der gesetzlichen Rentenversicherung bei Personen mit langen Zeiten des Kriegsdienstes und der Kriegsgefangenschaft zu beseitigen. Außerdem muß geprüft werden, ob in Fällen besonderer Benachteiligung auch im Rahmen der Heimkehrerstützung der notwendige Ausgleich geschaffen werden kann."

Aus Anlaß dieses letzten Deutschlandtreffens - künftig werden es Europatreffen sein - wurden die Leistungen des Bundes von den zuständigen Bundesministerien erfaßt und dem VdH zugesandt. Diese Leistungen sind vielen unbekannt. Auch den Heimkehrern selbst ist zum Teil nicht immer überschaubar gewesen, welche Beträge für sie durch den Bund zur Verfügung gestellt wurden bzw. noch werden.

So sind seit 1950 bis Ende 1974 aus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 279,311 Millionen DM nach der Heimkehrergesetzgebung gezahlt worden.

Diese Summe setzt sich aus folgenden Beträgen zusammen: Arbeitslosengeld und Berufsfürsorge für Heimkehrer DM 140.899.000; Darlehen zur Förderung der Arbeitsaufnahme für Heimkehrer DM 233.000; Unterhaltsbeihilfen, Beistellungsgelder und Kosten der Krankenbehandlung nach dem Gesetz über

die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen DM 83.186.000;
Erstattung der Aufwendungen für die Krankenhilfe an Heimkehrer DM 54.419.000
und Erstattung der Aufwendungen für die Gewährung von Steigerungsbeträgen
in der Rentenversicherung für die Zeit der Zivilinternierung DM 574.000.

Die finanziellen Leistungen für die ehemaligen Kriegsgefangenen und
ihre Angehörigen bis Ende 1974 nach Gesetzen, für die das Bundesministe-
rium des Innern zuständig ist, ergeben nachstehende Summen:

Für die Entschädigung ehemaliger Kriegsgefangener wurden 1.369 Millio-
nen DM gezahlt; die Beihilfen für ehemalige Kriegsgefangene und politi-
sche Häftlinge (fast ausschließlich an Kriegsgefangene) betrugen 29 Millio-
nen DM.

Aus der Heimkehrerstiftung wurden ausgegeben: a) für einmalige Un-
terstützungen 17,22 Millionen DM; b) für Forschungsaufträge 0,198 Millio-
nen DM und c) für Darlehen 29,4 Millionen DM.

Für die Gewährung an Darlehen nach §§ 28 und 31 des Kriegsgefange-
nenentschädigungsgesetzes, die fast nur ehemalige Kriegsgefangenen zu-
gute kamen, wurden 274 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

Diese Leistungen umfassen nur die Bundesmittel, zu denen die Zu-
wendungen der Länder und Gemeinden hinzugerechnet werden müßten.

(~/13.6.1975/bgy/fr/pr)

+ + +

Gefährliches Vakuum

Unpolitische Erziehung ist eine Keimzelle der Staatverdrössenheit

Im Zusammenhang mit Terroranschlägen, Debatten über die innere Sicherheit und dem Beader-Meinhof-Prozeß wurde und wird auch nach den geistigen Ursachen des Terrorismus gefragt. Von der Mitverantwortung der Älteren Generation für das Ausbrechen "von irregeleiteten Söhnen und Töchtern aus sogenannten gutbürgerlichen Elternhäusern" und der Scheu vor der Auseinandersetzung hat zum Beispiel Bundeskanzler Helmut Schmidt im Bundestag gesprochen. Er hat damit ein Thema angeschnitten, das bei vielen Unbehagen erzeugt und deshalb gern übergangen wird. Immer schärfer zeichnen sich jetzt Verdummnisse der Aufbaujahre der Bundesrepublik ab.

Ein Staat, der seine Bürger gerade noch für mündig genug hielt, um nach dem persönlichen materiellen Wohlstand zu trachten, erzeugte Egoismus und politisches Desinteresse statt sozialem Engagement. Außerdem löste er ein Gefühl der Ohnmacht bei jenen aus, die politische Rechte auszuüben und Pflichten zu übernehmen bereit waren. Wer politische Abstinenz züchtet und die Bereitschaft zu sozialem Engagement leerlaufen läßt, darf sich nicht wundern, wenn ursprünglich positive Einstellungen in Gleichgültigkeit und Ablehnung umschlagen. Es ist deshalb für den Fortbestand eines Staatswesens unerlässlich zu beobachten, welchen Einflüssen das Bewußtsein heranwachsender Bürger ausgesetzt ist. Wenn die Eltern als die im Positiven wie Negativen wichtigsten Vorbilder sowie die Pädagogen in Schulen und anderen öffentlichen Institutionen nicht in der Lage sind, sich mit ihrem Staat zu identifizieren, sieht es um dessen Zukunft als Demokratie düster aus. Das Schicksal der Weimarer Republik ist dafür erschauliches Exempel.

Über die Ursachen des Scheiterns der ersten deutschen Demokratie ist viel geschrieben worden, aber das Thema ist noch lange nicht erschöpft. Das zeigt ein Beitrag mit dem Titel "Demokratie ohne Chance" von Regine Roemhold (Henn-Verlag). Die Autorin versucht, in dieser knapp 140 Seiten langen Studie nachzuweisen, daß die Weimarer Republik nicht zuletzt

15. Juni 1975

deshalb scheitern mußte, weil es ihren Pädagogen nicht gelang, der Gesellschaft den Wechsel vom autoritär geführten, obrigkeitlichen Staat zur Demokratie ins Bewußtsein zu bringen. Aus der Untersuchung politischer Abhandlungen der damals führenden Erzieherpersönlichkeiten, aus Lehrbüchern und Lehrerzeitschriften wird das Fazit gezogen, daß z.B. die Gymnasiallehrer sich dem neuen Staat weitgehend verweigerten und - statt staatsbürgerliche Erziehung zu betreiben - sich wie bisher auf die Wiedergebe historischer Philosophien und idealistischer, meist praxiefremder, oft antidemokratischer Theorien beschränkten. Die überwiegend loyalen, weil hinsichtlich ihres Status und der allgemeinen Schulpflicht aufgewarteten Volksschullehrer wiederum verharrten bei Leitbildern von Einheit und Harmonie und beschieden sich mit der Propagierung eines gewissen Gemeinschaftsbewußtsein.

Hier müssen Parallelen zur heutigen politischen Bildung in den Schulen der Bundesrepublik festgestellt werden, die sich noch weitgehend in Institutionenlehre erschöpft. Noch immer scheuen viele Lehrer davor zurück, die Auseinandersetzungen und Konflikte, das Ringen der verschiedenen Interessen und Meinungen um den Kompromiß als die politische Realität anzuerkennen und daraus die Konsequenzen für den Unterricht zu ziehen. Schulreformerische Bemühungen, um die junge Generation zu demokratisch-staatsbürgerlichem Verhalten zu befähigen, sind deshalb eine Notwendigkeit für das Überleben der freiheitlichen Staatsordnung; sie zu hintertreiben und zu diffamieren ist verantwortungslos und kurzsichtig.

Merle Gröner
(-13.6.1975/va/pr)

* * *

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller